

Informationsbulletin



1

»» Editorial

Liebe Leser:innen
Liebe Spender:innen

Mit grosser Mehrheit hat der Ständerat Mitte März der Motion zur Systematisierung des Datenaustauschs von Sans Papiers zugestimmt. Was technisch und verwaltungssprachlich daherkommt, hat tiefgreifende Folgen für das Leben von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus in der Schweiz.

Die Motion verlangt, dass Informationen über Aufenthaltsstatus, Versicherungen und bezogene Leistungen systematisch zwischen staatlichen Stellen wie Sozialämtern, Krankenkassen, Spitälern und weiteren Behörden ausgetauscht werden. Der Gang ins Spital kann damit zur Meldung an die Migrationsbehörden führen. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen ist schon heute mit Unsicherheit verbunden, und die Hemmschwelle, Hilfe zu suchen, steigt durch den geplanten Datenaustausch weiter. Dass auch Kinder betroffen wären, etwa wenn sie auf medizinische Versorgung angewiesen sind, ist besonders schwerwiegend und widerspricht internationalen kinderrechtlichen Verpflichtungen.

Bei der SPAZ sehen wir täglich, was es heisst, ohne Sicherheit und ohne Rechte zu leben. Der Datenaustausch würde diese Lebensrealität verschärfen und dazu führen, dass staatliche Stellen nicht mehr als Orte der Unterstützung wahrgenommen werden, sondern als potenzielle Gefahr.

Sven Kury und Benedict Homberger analysieren in ihrem Beitrag in diesem Bulletin die rechtlichen und menschenrechtlichen Folgen dieses Entscheids.

Hannah Locher, Vorstandsmitglied

Mit Grund- und Menschenrechten unvereinbar

Nach dem Nationalrat sprach sich im März auch der Ständerat für einen Datenaustausch bei Krankenkassen und Sozialversicherungen aus. Eine Einordnung aus juristischer Sicht.

Mit einem Ergebnis von 33 zu 10 Stimmen hat sich der Ständerat am 13. März 2025 für die Annahme der Motion «Datenaustausch bei illegalen Migranten systematisieren» ausgesprochen. Der aus den Reihen der SVP-Fraktion stammende Vorstoss verfolgt das Ziel, die Anwesenheit von Sans-Papiers in der Schweiz mit einem systematischen Datenaustausch zwischen den Kantonen, Gemeinden, Sozialbehörden, Krankenkassen sowie Sozialversicherungsbehörden, «zu bekämpfen» und - in den

Worten der Motionär:innen - «wenn immer möglich dauerhaft zu unterbinden». Die Forderung ist im vergangenen Herbst auch in der Grossen Kammer auf Zustimmung gestossen. Jetzt liegt der Ball beim Bundesrat. Dieser soll nun Massnahmen treffen,

Der aus den Reihen der SVP-Fraktion stammende Vorstoss verfolgt das Ziel, die Anwesenheit von Sans-Papiers in der Schweiz «zu bekämpfen»

«dass sämtliche relevante Daten von illegalen Migranten betreffend Aufenthaltsstatus, Wohnort, Versicherungsstatus, Prämienzahlungen, Prämienvergünstigungen, Versicherungsleistungen» zwischen den genannten Playern über eine systematisierte Datenbekanntgabe «ausgetauscht und abgeglichen werden».

Der grund- und menschenrechtlichen Tragweite einer automatisierten Datenbekanntgabe wurde keine Beachtung geschenkt.

2

Wie diese Massnahmen konkret aussehen sollen, ist im heutigen Zeitpunkt noch weitestgehend ungewiss. Aus der – gerade einmal 18 Minuten (!) dauernden – parlamentarischen Debatte wurde indes deutlich, dass es der Parlamentsmehrheit ein Dorn im Auge ist, wenn «mittels Datenschutz illegaler Aufenthalt geduldet wird». Der grund- und menschenrechtlichen Tragweite einer automatisierten Datenbekanntgabe wurde keine Beachtung geschenkt. Dies ist insofern bemerkenswert, als auf der Hand liegt, dass Sans-Papiers noch grösseren Abstand von der Beanspruchung staatlicher Sozial-, Gesundheitsversorgungs- sowie Bildungsleistungen nähmen, wenn die hierfür zuständigen Behörden ohne Not den Aufenthaltsstatus erhöhen und eine unmittelbare Meldung an die Straf- und Migrationsbehörde drohte. Die Anmeldung bei der Krankenkasse, die Einschulung der Kinder sowie der Gang ins Spital würden im Falle eines systematischen Datenaustausches zwischen jedwelchen kantonalen und kommunalen Behörden zum klar voraussehbaren Abschieberisiko. Faktisch wäre dies mit einem Ausschluss von verschiede-

nen staatlichen Leistungen verbunden. Tatsache ist mithin, dass ein automatisierter Datenaustausch weitreichende Konsequenzen für die Lebensrealität hier lebender Sans-Papiers zur Folge hätte und mit zahlreichen grund- und menschenrechtlichen Garantien unvereinbar wäre.

Namentlich mit dem UNO-Pakt I, mit dessen Ratifizierung sich die Schweiz verpflichtete, jeder Person das Recht auf soziale Sicherheit (Art. 9 UNO-Pakt I) sowie das subjektiv erreichbare Höchstmass an Gesundheit diskriminierungsfrei zu garantieren (Art. 12 UNO-Pakt I), stünde dies im Widerspruch. Auch mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der UNO-Kinderrechtskonvention, namentlich dem Recht eines Kindes auf das erreichbare Höchstmass an Gesundheit (Art. 24 KRK) und auf körperliche, geistige, seelische, sittliche und soziale Entwicklung (Art. 27 KRK) wäre ein faktischer Ausschluss von der Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen unvereinbar. Die Instrumentalisierung kantonalen Sozialversicherungsbehörden und Spitäler als verdeckte Aufspürerinnen hier lebender Sans-Papiers erweist sich auch im Lichte der Europäischen Menschenrechtskonvention als ungemein problematisch. Ein Leben ohne Aussicht auf medizinische Behandlung dürfte ein schwerwiegender Eingriff in das von Art. 8 EMRK geschützte Recht auf Privatleben darstellen, wenn nicht gar als unmenschliche Behandlung im Sinne von Art. 3 EMRK zu qualifizieren sein. Wenn bei der Beschulung eines Sans-Papier-Kindes eine Meldung an die Migrations- und Strafbehörden drohte, mündete dies sodann in einer Verletzung des verfassungsmässig garantierten Anspruchs auf Grundschulunterricht (Art. 19 BV), welcher explizit allen

Kindern offensteht (Art. 62 Abs. 2 BV) und dem in der UNO-Kinderrechtskonvention verbrieften Recht auf Bildung (Art. 28 KRK). Letzteres verschafft gemäss UNO-Kinderrechtsausschuss nämlich ein individuelles und subjektives Recht auf Bildungszugang und schützt explizit auch vor indirekten Diskriminierungen aufgrund des Aufenthaltsstatus.

Würden Behörden, die keine Aufgaben im Bereich des Migrations(straf)rechts vollziehen oder deren Leistungen oder durchzusetzenden Pflichten nicht an den ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus anknüpfen, verpflichtet, den Aufenthaltsstatus zu erheben und das Nichtvorliegen einer Aufenthaltsbewilligung den Migrations- und

Die Instrumentalisierung kantonaler Sozialversicherungsbehörden und Spitäler als verdeckte Aufspürerinnen hier lebender Sans-Papiers erweist sich auch im Lichte der Europäischen Menschenrechtskonvention als ungemein problematisch.

Strafbehörden zu melden, müsste mit weitreichenden Konsequenzen in grund- und menschenrechtlich geschützten Lebensbereichen gerechnet werden. Dass eine systematisierte Meldepflicht vor diesem Hintergrund im Sinne einer verhältnismässigen Massnahme gerechtfertigt sein könnte, ist auf Anhieb nicht ersichtlich. Umso weniger gilt dies vor dem Hintergrund, dass kaum zu erwarten ist, dass Sans-Papiers auf diesem Weg von einem weiteren Verbleib in der Schweiz abgehalten würden. Vielmehr dürfte ihr Aufenthalt hierzulande lediglich noch prekärer werden, als er es bereits heute ist.

Sven Kury, Jurist
Benedict Homberger, Anwalt und
Vorstandsmitglied der SPAZ



Willkommen Anna!

Mitte Mai hat Anna Schmid ihre Arbeit als Leiterin der SPAZ aufgenommen. Hier erzählt sie, wo sie ihre Schwerpunkte setzen möchte.

Was hat dich dazu bewogen, die Geschäftsleitungsstelle bei der SPAZ zu übernehmen?

Ich habe schon von 2017 bis 2020 bei der SPAZ gearbeitet. Damals habe ich das Fundraising gemacht und bei der Kommunikation mitgearbeitet. Ich finde die Zweigleisigkeit, den direkten Bezug zu Sans-Papiers durch die Beratungstätigkeit und die politische Arbeit, die sich auf den Erfahrungen der Beratung stützt, sehr wichtig und richtig. Und trotz der Institutionalisierung der letzten Jahre ist die SPAZ zugänglich und bewegungsnah geblieben. Ich habe sehr gerne für die SPAZ gearbeitet, habe dann aber für eine spannende Projektstelle zur FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration gewechselt. Ich bin der SPAZ immer sehr verbunden geblieben. Als dann im letzten Jahr der Vorstand der SPAZ auf mich zugekommen ist und gefragt hat, ob ich die Geschäftsleitung übernehmen möchte, hat mich das sehr gefreut und ich habe sehr gerne zugesagt.

Was hast du für einen Bezug zum Thema Sans-Papiers?

Ich beschäftige mich sowohl aktivistisch, wie auch in der Lohnarbeit schon länger mit Migrationsthemen. Ich war z.B. über mehrere Jahre beim Watch the Med Alarmphone dabei, das ist ein Projekt von Aktivist*innen, die eine Notrufnummer für Menschen, die über das Mittelmeer flüchten, betreibt. Meine erste, feste Lohnarbeitstelle war dann eben bei der SPAZ. Da bin ich mit vielen Sans-Papiers in Kontakt gekommen und habe ihre oft sehr prekären Lebenssituationen besser kennengelernt. Auch nach der SPAZ habe ich mich für Migrant*innen, die von Gewalt und Ausbeutung betroffen sind, eingesetzt. Bei der FIZ habe ich ein Netzwerk von Organisationen aufgebaut, die Opfer von Menschenhandel beraten (Schweizer Plattform gegen Menschenhandel - Plateforme Traite). Gemeinsam haben wir auf politischer Ebene für mehr Rechte und Schutz dieser Menschen gekämpft.

Welche Schwerpunkte möchtest du setzen?

Die SPAZ ist in den letzten Jahren sehr gewachsen. Es wurde



neues Personal angestellt und es wurden neue Aufgaben umgesetzt in Zusammenarbeit mit der Stadt, aber auch in eigenen Projekten. Die SPAZ kann so Sans-Papiers umfassender beraten. Trotz der zusätzlichen Ressourcen ist das Team sehr belastet. Ich setze meinen Schwerpunkt jetzt zu Beginn darauf, mit dem Team zusammen an den Strukturen zu arbeiten und uns gemeinsam zu überlegen, wie wir zufriedenstellende Arbeitssituationen für das Team schaffen und trotzdem Sans-Papiers gut beraten können. Politisch liegt der Fokus auf der Umsetzung der ZüriCityCard und auf nationaler Ebene die Folgen der Motion zum Datenaustausch möglichst zu minimieren.

Hast du Visionen für die Zukunft der SPAZ? Wenn ja, welche?

Die SPAZ ist aus der Sans-Papiers Bewegung heraus entstanden und meine Vision ist, dass die SPAZ auch Teil der Bewegung bleibt, die sich für die Rechte der Sans-Papiers und Migrant:innen allgemein, einsetzt. Die aktuellen Geschehnisse weltweit, aber auch in der Schweiz, zeigen, dass es sehr wichtig ist, an politischen Fragen zum Thema Sans-Papiers dranzubleiben. Es braucht eine Vernetzung mit solidarischen Kräften in der Schweiz, damit die Fortschritte, die wir für Sans-Papiers in den letzten Jahren erreichen konnten, nicht wieder rückgängig gemacht werden.

»» Im Fokus

Für einmal möchte ich den Fokus auf die SPAZ selbst richten: Die Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich wird Anfang August 20 Jahre alt und feiert ein rundes Jubiläum. Ein stattliches Alter und ein grosser Erfolg, wie wir oft hören. 20 Jahre können als lang empfunden werden: Jahre, Tage, Stunden und Minuten in denen vieles passierte in unseren Räumlichkeiten. Unzählige Menschen in schwierigen Situationen, die ein und ausgingen. Viel Verzweiflung, Erschöpfung, Traurigkeit, aber auch Hoffnung und - selten - grosse Freude über gelungene Schritte in

die Regularisierung oder Normalisierung des Lebens.

20 Jahre können aber auch sehr schnell vergehen; und so kommt es mir rückblickend vor. Ich erinnere mich an die ersten Anfänge, an den Aufbau, wie wenn es eben erst vor kurzem gewesen wäre. An all die wechselnden Teamkonstellationen mit so vielen ausserordentlich motivierten und engagierten Mitarbeitenden. Meine persönliche Zeit bei der SPAZ neigt sich dem Ende zu. Ende Juli werde ich meine Schlüssel ab-

geben. Meine Nachfolgerin hat ihre Stelle bereits angetreten (siehe oben). Nach der erfolgten Einarbeitung und Übergabe werde ich mich als Abschluss auf ein Jubiläumsbulletin konzentrieren, das die letzten zwanzig Jahre reflektieren und das runde Jubiläum feiern soll.



Bea Schwager

Rede des Colectivo sin papeles an der Wohndemo

Ich spreche im Namen des Colectivo sin papeles, dem Kollektiv der Sans-Papiers.

Für alle ist es schwierig, eine Wohnmöglichkeit zu finden; aber für Sans-Papiers ist es praktisch unmöglich.

Heute versammeln wir uns auf den Strassen von Zürich, um unsere Stimme für ein grundlegendes Recht zu erheben: das Recht auf ein würdiges Zuhause. Es spielt keine Rolle, ob wir Papiere haben oder nicht, ob wir hier geboren wurden oder anderswo, ob wir jung oder alt sind, ob wir einen festen Job haben, oder jeden Tag ums Überleben kämpfen. **Wohnen ist ein Recht, kein Privileg.**

Wir sind hier, um der Spekulation ein Ende zu setzen. Der Spekulation, die die Mieten Jahr für Jahr in die Höhe treibt und es Tausenden von Menschen, einschliesslich der Sans-Papiers unmöglich macht, ein Zuhause zu finden. Wir lehnen die Gentrifizierung ab, die uns nicht nur aus unseren

Quartieren vertreibt, sondern Gemeinschaften zerstört, den Menschen ihre sozialen Umfelder raubt und unsere Stadt zersplittert.

Wir fordern offene und zugängliche Städte für ALLE, unabhängig von unserem rechtlichen Status. Die Behörden und Immobilienunternehmen dürfen nicht länger entscheiden können, wer ein Zuhause verdient, basierend auf der Hautfarbe dem Nachnamen, der finanziellen Lage oder des Migrationsstatus. Wohnen darf kein Luxus sein, den sich nur wenige leisten können. Wohnen darf kein Geschäft sein, das grossen Profit für einige auf Kosten des Leidens vieler schafft.

Wir wollen, dass die Stadtentwicklung von den Menschen bestimmt wird, die in den Städten leben; nicht von Konzernen, die nur auf Gewinnmaximierung aus sind. **Wir**

sind keine Waren. Wohnen muss ohne Gewinnabsicht verwaltet werden; wie ein gemeinsames Gut; wie Wasser oder die Luft, die wir alle zum Leben brauchen. Wir wollen eine Stadt, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt; eine Stadt, die die Vielfalt respektiert und allen bezahlbaren Wohnraum bietet – ohne Ausnahme.

Heute solidarisieren wir uns mit denen, die bereits vertrieben worden sind; mit den Familien, die in Unsicherheit leben; mit all denen, die zusehen müssen, wie ihre Wohnungen unerschwinglich werden. Wir vereinen uns in diesem Kampf für eine Stadt, in der wir alle in Frieden und Würde leben können; ohne Angst, unser Zuhause zu verlieren.

Wohnungen für alle!

Es ist an der Zeit, dass unsere Stimmen laut und deutlich gehört werden! Der Kampf um Wohnraum geht weiter, und wir werden nicht aufhören, bis alle ein sicheres Zuhause haben, unabhängig von ihrem Migrationsstatus. **Eine andere Stadt ist möglich.**

Danke, dass ihr hier seid. Danke für euren Kampf und eure Solidarität.

Wohnraum für alle! Jetzt und immer!

